



Niederschrift

Öffentlicher Teil

VBV/11/2023/19-24

Gremium	Ausschuss für Verwaltung, Beschwerde und Vergabe
Sitzung am:	15.05.2023
Sitzungsort	Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:06 Uhr

anwesend:

Ausschussvorsitzende/r

Herr Toleikis, Wolfgang

Stellv. Ausschussvorsitzende/r

Herr Molks, Steffen

Mitglieder

Herr Arndt, Christian

Herr Galeski, Dr. Frank

Frau Hummel, Helga

Herr Juschka, Kay

Frau Machel, Sandra

anwesend ab 19:20 Uhr

Bürgermeister/Verwaltung

Herr Große, Peter

Frau Kämpf, Ulrike

Frau Lahne, Franziska

Frau Dähne, Sina

abwesend:

Mitglieder

Herr Birnbaum, Maurice

Weitere Anwesende

Herr Seidel, Volkmar

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1		Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2		Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung
3		Feststellung von Ausschließungsgründen
4		Entscheidung über mögliche Einwendungen zu der Niederschrift vom 03.04.2023
5		Mitteilungen des Bürgermeisters
6		Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
7		Einwohnerfragestunde
8		Anfragen der Ausschussmitglieder
9		Umgang mit Anfragen
10		Protokollierung in den Gremien
11		Vorbereitung der Sitzung der Gemeindevertretung am 19.06.2023
11.1		Beschlussvorlagen
11.1.1	AN 181/2023/19-24	Geschäftsordnung

Öffentlicher Teil

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.

Die Gemeindevertretung ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderung zur Kenntnis genommen.

3 Feststellung von Ausschließungsgründen

Keine.

4 Entscheidung über mögliche Einwendungen zu der Niederschrift vom
03.04.2023

Das Protokoll wird ohne Änderungen zur Kenntnis genommen.

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es werden keine Informationen gegeben.

6 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Es werden keine Informationen gegeben.

7 **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

8 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Folgende Anfragen wurden gestellt:

- **Helga Hummel:** Wurfzettel mit Infos zu einem Sommerfest mit Kinderspaß Ecke Am Berge/Mahlsdorfer 2.6.-4.6. wurden in der Straße Am Berge verteilt.
 - Zwei Bands sind an zwei Tagen angekündigt. Liegen hier Sondergenehmigungen vor?
 - Am Berge soll vom 1.-5.6 gesperrt sein. Ist dies beantragt und genehmigt? Und welche Gründe liegen für die Genehmigungen vor?
 - Gab es im letzten Jahr Kontrollen?
- **Verwaltung:**
 1. **FL:** Ausnahmegenehmigung wurde für Freitag und Samstag bis jeweils 23 Uhr mit 70 Dezibel 70 und bis 24 Uhr mit 55 Dezibel genehmigt. Nach 24 Uhr kann keine Musik mehr erfolgen, da hier max. 40 Dezibel zulässig sind.
 2. **PG:** Dauer der verkehrsrechtlichen Anordnung wird geprüft und im Nachgang mitgeteilt.
 3. **PG:** Dokumentierte Kontrollen im letzten Jahr werden geprüft.
- **Steffen Molks:**

1. Es gab vor 1,5 Jahren eine Anfrage zum Lager des Bauhofes. Hier wurde um das Antragsschreiben und die Ablehnung der beantragten baulichen Umbaumaßnahmen gebeten. Hintergrund war die Errichtung von Umkleiden und Duschen für die Mitarbeiter bzw. um Aufstellung von Containern.
 2. In vergangenen GVs wurden Anfragen zum Winterdienst und Laubentsorgung gestellt. Antworten wurden zugesagt, sind aber bisher leider nicht erfolgt. Gleiches geht um den Sachverhalt des gemeindlichen Kartenerwerb der Galopprennbahn.
 3. Bürgerhaushalt 2022: Ist das Feuerwehrauto bereits saniert/restauriert?
 4. Frage S. Radach aus der Sitzung 17.4. zum P&R Parkplätzen. Ist dieser Sachstand wie vom BM zugesagt auch übermittelt? Ich bitte ebenfalls um Übermittlung des Verfahrensstandes.
 5. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich des Sponsoringvertrages mit der Rennbahn angesichts des nicht beschlossenen Haushalts?
- **Verwaltung:**
1. **PG:** Die Aussagen und Ablehnungen der Vergangenheit sind aktuell nicht bekannt. Die Möglichkeit der Errichtung der Umkleiden und Duschen wird aktuell neu abgefragt.
 2. Keine Angaben.
 3. **PG:** HH-Beschluss steht noch aus und es wurden noch keine Aufträge ausgelöst. Verwaltungsinterne Vorarbeiten finden aber statt.
 4. **PG:** Die Übermittlung entzieht sich meiner Kenntnis. Die Beantwortung wird geprüft.
 5. **FL:** Ohne Haushalt kann der Vertrag grundsätzlich nicht geschlossen werden. Es wird hierzu noch einmal im Nachgang eine schriftliche Antwort erstellt.
- **Volkmar Seidel:**
1. Bürgerhaushalt steht aktuell wieder auf der Homepage. Die aktuelle Aufforderung zur Einreichung der Vorschläge ist nicht nachvollziehbar bei der aktuellen Lage der Haushaltserstellung. Auch war nie geplant, über den Bürgerhaushalt Maßnahmen zu realisieren, die eigentlich durch die GV bereits beschlossen oder bereits Verpflichtungen der Verwaltung sind.
 2. Wer entscheidet über Straßensperren.
- **Verwaltung:**
1. **UK:** Die Satzung beinhaltet den Zeitplan, also auch den Zeitpunkt/Ablauf der Antragstellung.
 2. **PG:** Die Gemeinde (SB Verkehrssicherung) entscheidet unter Beteiligung anderer Behörden. Der aktuelle Fall wird geprüft.
- **Dr. Frank Galeski:** Bitte um Prüfung, ob für den Bürgerhaushalt, die notwendigen Mittel per Ermächtigung für das jeweilige Folgejahr übertragen werden können und auch bereits in der Vergangenheit hätten übertragen werden müssen.
- **SD:** Übertragungen können grundsätzlich stattfinden, allerdings müssen die Maßnahmen dann schon im laufenden Jahr begonnen werden. Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Bürgerhaushalt bedürfen einer HH-Satzung, so steht es auch in der Satzung.
- **PD:** Übertragungen werden noch einmal geprüft.

- **Dr. Frank Galeski:** Aufgrund des ausstehenden HH verkürzen sich die Fristen für die Erfüllungsmöglichkeiten. Wie lassen sich diese auf die aktuellen Gegebenheiten anpassen.
- **PG:** Ggf. müssen die Fristen in der Satzung angepasst werden.

9 Umgang mit Anfragen

- **FL:** Anfragen erreichen die Verwaltung auf vielfältige Wege, WhatsApp, Mail, per Post. Es erreichen uns auch vermehrt Anfragen, die weniger auf Vorhandene Sachstände oder Wissen abzielen, sondern die Auswertungen, Zusammentragung von Daten etc. abfordern. Solche Auswertungen sprengen leider die zeitlichen und personellen Möglichkeiten. Hierbei gibt es auch Daten, die durch Fragesteller selbst leicht zusammengetragen werden können. Anfragen dürfen nicht dazu führen, die ureigene Arbeit der Verwaltung so zu erschweren, dass diese nicht mehr zeitgerecht oder gar nicht mehr erfolgen kann.

Folgende Nachfragen wurden gestellt:

Steffen Molks: Es wurde durch den BM selbst vorgeschlagen und zugesagt, Anfragen innerhalb von 10 Tagen zu beantworten bzw. bei längerer Beantwortungsdauer eine Zwischenantwort zu erstellen. Die Antworten auf die Anfragen anderer sollte allen zugehen.

Ulrike Kämpf: Aktuell gibt es 4 offene schriftliche Anfragen: Personalbereich, Saaltechnik, Fernwärme, KWO-Gelände. In Kürze ist eine Klausur mit dem BM geplant, um den Beantwortungsablauf zu organisieren.

Volkmar Seidel: Es gibt eine Vielzahl von Fragen, die lediglich Auskünfte beinhalten und wenig Zeitaufwand bei der Beantwortung erfordern.

Peter Große: Anfragen können oft aufgrund der Komplexität und der Beteiligungsnotwendigkeit oft nicht innerhalb der 10 Tage beantwortet werden.

Helga Hummel: Anfragen zu Beschlussumsetzungen können sich erübrigen, wenn es ein System gibt, in welchem sich die Gemeindevertreter selbst über den aktuellen Stand informieren können. Auch Informationsvorlagen mit kurzen Sachständen können das Anfragevolumen verringern.

Dr. Frank Galeski: Es wird darum gebeten, über die Ergebnisse der Klausurtagung zu informieren.

Volkmar Seidel: Die Antworten müssen wahrheitsgemäß erfolgen. Die Beantwortung von Anfragen ist oft ausschlaggebend für das Abstimmungsverhalten.

Ulrike Kämpf: Die 10 Tage haben sich nicht bewährt. In der Klausurtagung würde ich gerne den Vorschlag machen, dass mündliche Anfragen in der kommenden Sitzung beantwortet werden und bei Abweichungen vorab eine Zwischennachricht an die Gremienmitglieder erfolgt.

Dr. Frank Galeski: Wenn eine Frage nicht verstanden wird, nicht nachvollzogen werden kann, sollten die zuständigen Mitarbeiter auch beim Fragesteller rückfragen. Auch ist es legitim, mitzuteilen, dass Fragen nicht beantwortet werden, wenn diese selbst leicht durch den Fragesteller zu beantworten sind, in dem der Fragesteller frei zugängliche Quellen sichtet und Recherchen vornimmt. Es darf aber nicht sein, dass sich Antworten verzögern, weil der BM Antworten zurückhält bzw. den Mitarbeitern die Beantwortung untersagt.

Steffen Molks: Die generelle Beantwortung von mündlich gestellten Fragen in der nächstfolgenden Sitzung ist nicht zielführend. Oft liegen dann Wochen zwischen Frage und Antwort. Es liegt im Inhalt der Frage, wie zeitnah eine Frage beantwortet werden muss. Es kann auch mit Terminbekanntgabe gearbeitet werden. Dem Fragesteller wird ein verbindliches Datum benannt, bis wann die Beantwortung vorliegt.

Ulrike Kämpf: Wir nehmen als Grundlage für die Klausur mit: Abgestufter Umgang mit den Anfragen nach Inhalt und Komplexität. Nach 10 Tagen sollte zumindest die Zwischennachricht mit Beantwortungstermin erfolgen.

Volkmar Seidel: Wenn die Sitzungsunterlagen rechtzeitig im Netz sind, können Nachfrage zu den aktuellen Themen schriftlich erfolgen. Aber wenn Tagesordnungspunkte nicht befüllt sind, können diese nur mündlich erfolgen.

Ulrike Kämpf: Oftmals werden durch die Ausschussvorsitzenden innerhalb der Ladungsfrist weitere Punkte auf die TO genommen, wie beispielsweise Sachstände. Hier ist es dann nicht immer möglich, entsprechende Informationsvorlagen in der Zeit bis zum Versand der Einladung bzw. Freisetzung der Unterlagen im Netz zu erstellen.

10 Protokollierung in den Gremien

Dr. Frank Galeski: Früher war es üblich, dass die Protokolle in GV und im HA durch die Verwaltung erstellt wurden. Der BM hatte zugesagt, dass dies auch wieder so sein wird. Für den Protokollanten ist die Wahrung der Objektivität über die Wortbeiträge s

Steffen Molks: Es sollten kurze Ergebnisprotokolle verfasst werden. Auch die Sicherung des gesprochenen Wortes sollte geprüft werden.

Franziska Lahne: Ein Protokoll sollte klar im Inhalt sein. Dies war in der Vergangenheit auch so.

Helga Hummel: Die GeschO enthält, dass ein vom BM bestimmter Mitarbeiter, das Protokoll im HA und der GV erstellt. Dazu sollte auch wieder zurückgekehrt werden.

Ulrike Kämpf: Die Möglichkeit der Aufbewahrung von Ton- und Videoaufzeichnungen wird der Datenschutzbeauftragten noch einmal zur Prüfung gegeben.

11 Vorbereitung der Sitzung der Gemeindevertretung am 19.06.2023

11.1 Beschlussvorlagen

11.1.1 AN 181/2023/19-24 Geschäftsordnung

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt:

„§ 7 Einberufung der Sitzung der GV, Bekanntmachung
Abs. (3) Die zur Tagesordnung gehörenden Sitzungsunterlagen (Beschlussvorlagen, Informationsvorlagen etc.) werden in der Regel über das Ratsinformationssystem elektronisch zur Verfügung gestellt. Dies geschieht in der Regel zeitgleich mit der Ladung. Von einer Tischvorlage wird nur im Ausnahmefall Gebrauch gemacht.“

Wie folgt zu ändern:

„§ 7 Einberufung der Sitzung der GV, Bekanntmachung
Abs. (3) Die zur Tagesordnung gehörenden Sitzungsunterlagen (Beschlussvorlagen, Informationsvorlagen etc.) werden postalisch versandt ~~in der Regel über das Ratsinformationssystem elektronisch zur Verfügung gestellt~~. Dies geschieht in der Regel zeitgleich mit der Ladung. Von einer Tischvorlage wird nur im Ausnahmefall Gebrauch gemacht.“

➤ [Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag](#)

Kay Juschka für den Einreicher: *Postalischen Versand* kann durch *elektronischen Versand* ersetzt werden. Es muss ein sicheres (elektronisches) System geschaffen werden, welches die nachträgliche Änderung von freigestellten Sitzungsunterlagen ausschließt.

Ulrike Kämpf: Die Möglichkeit der Anweisung, Unterlagen im RIS nachträglich zu ändern, haben nur der BM und ich. Ich habe noch nie einen Mitarbeiter angewiesen, Unterlagen nachträglich zu ändern. Die Möglichkeiten, Änderungen vorzunehmen, haben allerdings eine Vielzahl von Mitarbeitern.

Mit dem Anbieter wird noch einmal Rücksprache gehalten, ob session die revisions sichere Aufbewahrung der digitalen Unterlagen ermöglicht.

Abstimmung:

Anwesend 7 Mitglieder.

Ja	Nein	Enth

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wurde ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen.

gez. Wolfgang Toleikis

Vorsitzende/r des

Ausschusses für Verwaltung, Beschwerde und Vergabe

Für das Protokoll:

gez. Christian Arndt